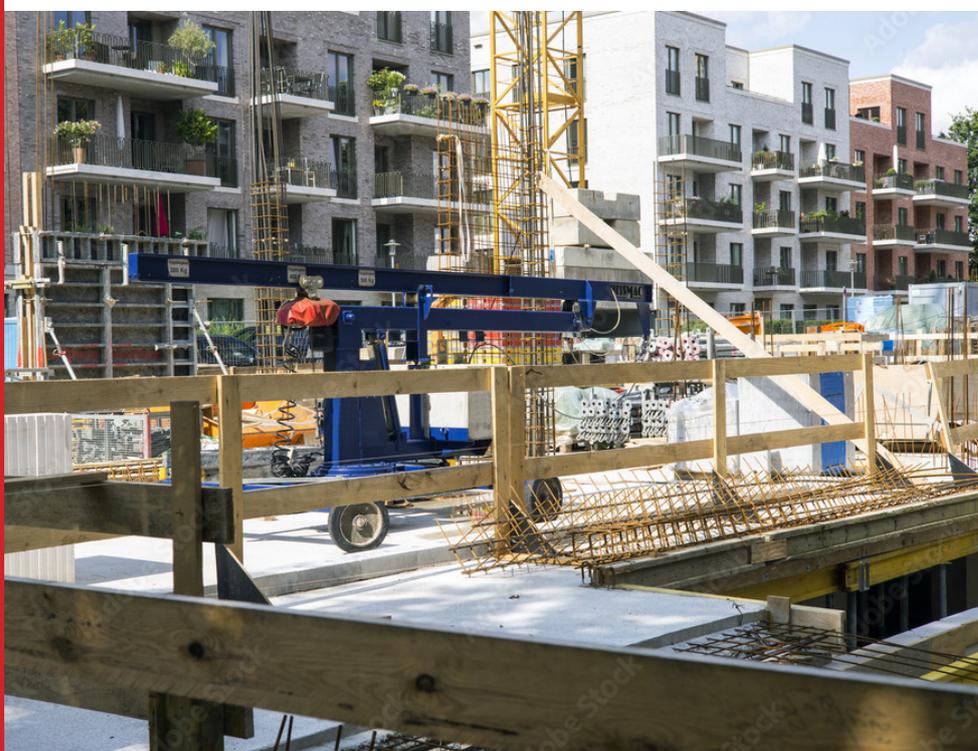




WOHNST DU NOCH ODER ZAHLST DU NUR?

Wohnen in Hamburg und im Umland wird immer teurer.

Nach dem im vergangenen Dezember veröffentlichten Mietenspiegel müssen im Durchschnitt 9,29 Euro pro Quadratmeter bezahlt werden, ein abermaliger Anstieg um 7,3 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Damit stiegen die Mieten gegenüber 2009 um satte 37,4 Prozent.



„In angespannten Wohnlagen werden wir [...] ein zeitlich befristetes Mietemoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden..“

So heißt es im Zukunftsprogramm der SPD zur Bundestagswahl. Im Wahlprogramm der Grünen wird Gleiches proklamiert. Was sind solche Programme wert, wenn der rot-grüne Senat einen Antrag der Links-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft zu einem solchen Mietemoratorium für die im städtischen Besitz befindlichen rund 140.000 Wohnungen ablehnt?

INHALT

2 UND JÄHRLICH GRÜSST DER HVV MIT FAHRPREISERHÖHUNGEN

Auch dieses Jahr wurde vom HVV mit einer Fahrpreiserhöhung eingeleitet.

3 LESERBRIEFE ZUR LETZTEN AUSGABE

Liebe Redaktionen vom Senioren-Echo, ...

4 DIE RENTENPOLITIK DER AMPEL

Zwischen sozialpolitischer Reformverweigerung und Einstieg in eine „Aktienrente“

6 AKTIENRENTE – DER WEG INS GLÜCK

Das sozialstaatliche Umlageverfahren der Altersvorsorge soll durch eine Aktienrente ergänzt werden.

7 IST ÖKO-KAPITALISMUS DIE LÖSUNG?

An Katastrophenmeldungen gibt es wahrlich keinen Mangel. Überschwemmungen hier, Dürren anderswo.

8 JUBILARFEIERN 2021

Der größte Tag für viele Senior:innen der IG Metall Region Hamburg ist ohne Frage der Tag des Jubiläums.

Damit wird das mangelnde Vertrauen in die Politik weiter befördert. Verlässlichkeit geht anders. Dabei hätte eine solche Maßnahme einen erheblich dämpfenden Einfluss auf die gesamte Mietpreisentwicklung in Hamburg und seinem Umland.

So kann es nicht weitergehen!

Immer mehr unserer Mitglieder sind

Familien mit Kindern benötigen mehr Wohnraum, können den in Hamburg aber oft nicht bezahlen.

betroffen. Beschäftigte in den Betrieben finden keinen bezahlbaren Wohnraum in der näheren Umgebung ihres Arbeitsplatzes und müssen lange Fahrtzeiten aufwenden. Familien mit Kindern benötigen mehr Wohnraum, können den in Hamburg aber oft nicht bezahlen. Reicht nach dem Arbeitsleben die Rente noch für die Miete oder muss ich wegziehen und verliere Freunde und Nachbarn? So kann es nicht weitergehen! Dieser Meinung waren auch die Delegierten

der IG Metall Region Hamburg und beschlossen auf der Delegiertenversammlung im November, sich den beiden Volkinitiativen unter der Initiative „Keine Profite mit Boden und Miete“ anzuschließen. Der Druck muss erhöht werden, damit Wohnen in Hamburg nicht zum Luxus verkommt.

Günter Hameister

► Weitere Infos zur Volksinitiative:

<https://keineprofitemitbodenundmiete.de/die-volksinitiativen/voksinitiative-2/>

UND JÄHRLICH GRÜSST DER HVV MIT FAHRPREISERHÖHUNGEN

Auch dieses Jahr wurde vom HVV mit einer Fahrpreiserhöhung eingeleitet. Um durchschnittlich 1,3 Prozent haben sich die Tickets für Bahnen und Busse in Hamburg und im Umland zum 1. Januar 2022 verteuert.

Wer eine Seniorenkarte besitzt, blieb diesmal verschont. Jedoch sind die Preise für eine Seniorenkarte ohnehin seit 2008 doppelt so stark gestiegen, wie die Rentenerhöhungen. Eine Seniorenkarte gibt es allerdings nur als Monatskarte, bei Einzeltickets wird voll hingelangt. Den Sozialrabatt für Seniorenkarten von 22,60 Euro kann aber nur in Anspruch nehmen, wer Grundsicherung bezieht.

Mit einem Kostendeckungsgrad von 92,9 Prozent bewegt sich die Hamburger Hochbahn bundesweit in der Spitzenliga. Kein Wunder, zählen die Fahrpreise für den Hamburger ÖPNV ohnehin zu den höchsten. Der durchschnittliche Kostendeckungsgrad im ÖPNV liegt bundesweit gerade mal bei 75,6 Prozent. Ein 365-Euro-Jahresticket, wie z.B. in Wien, ist für Hamburg in weiter Ferne. Dabei haben andere



Städte vorgemacht, wie mit günstigen Fahrpreisen ein Umsteigen von dem Auto auf Bahn und Bus erfolgreich umgesetzt werden kann.

Eine gute Nachricht gibt es denn aber

dennoch: der lange kritisierte Schnellbuszuschlag wurde ersatzlos gestrichen.

Günter Hameister

LESERBRIEFE ZUR LETZTEN AUSGABE

Liebe Redaktionen vom Senioren-Echo,

nun bekomme ich ja seit einigen Jahren schon genannte Journale. Ich will sie nicht immer unbemerkt und kommentarlos erhalten haben. Ich freue mich über die enthaltenen Nachrichten und die Tatsache, dass da engagierte KollegenInnen und RedakteureInnen an unseren Zielsetzungen und Interessen arbeiten. Und nicht nachlassen!

Zu den vielen zugesendeten Kommentaren will ich nichts hinzufügen, nur meine Freude auch über dieses damit bezeugte gewerkschaftliche Engagement.

Ich will dafür einmal vielen und ganz herzlichen Dank sagen.

Es grüßt herzlich Ingo B. Rduch

Lieber Johannes und Echo-Team,

Vielen Dank für Euren Artikel „Die Zeit der Verharmlosung ist vorbei“ im letzten Senioren-Echo.

Ich bin Vertrauensmann bei Airbus Finkenwerder, gehe allerdings gerade in die passive Altersteilzeit. Das Thema – wie Ihr schreibt – ist wichtig. Ich finde, dass sich die IG Metall hier schwer tut, was uns nicht überrascht. Wir sind in der Vergangenheit bei Fridays for Future mitgegangen. Aber die IG Metall oder DGB haben den Klimastreik in der Vergangenheit offiziell nicht unterstützt.

Zum einen ist der Erfolg der IG Metall (Einkommenserhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, soziale Standards, etc.) eng verknüpft mit dem Wachstumsmodell, das auch Verursacher des Klimawandels ist. Hier stellt sich die Frage, ob wir das gewerkschaftlich reflektieren können und wie eine Transformation des gewerkschaftlichen Anspruchs und Handeln aussehen könnte.

Zum zweiten gibt es natürlich auch die betriebliche Ebene, wo es zu Veränderungen bis zu starken Einschnitten kommen wird/kommen könnte und ob die IG Metall hier pro-aktiv mit Ideen und Initiativen teilnimmt.

Dazu müsste es vielleicht auf bezirklicher Ebene und vielleicht gerade auf Geschäftsstellen-Ebene Transformations-Ausschüsse geben (mit einem Klimaschwerpunkt u.a.).

Euch alles Gute!

Grüß von Frank Kramer

DIE RENTENPOLITIK DER AMPEL

Zwischen sozialpolitischer Reformverweigerung und Einstieg in eine „Aktienrente“ – sozialpolitische Einordnung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Alterssicherungspolitik¹

Die soziale Sicherheit war ein bedeutendes Wahlkampfthema der Wahlgewinnerin SPD. Vor allem im Bereich der Alterssicherung hat der Kanzlerkandidat zentrale Wahlversprechen abgegeben. Und das nicht ohne Grund: Schließlich gehört die soziale Absicherung im Alter zu den Kernversprechen des Sozialstaates. Und in der Alterssicherungspolitik gibt es einen gewaltigen Reformbedarf. Zur Jahrtausendwende fand ein grundlegender Kurswechsel statt: orientierte sich die Rentenpolitik früherer Bundesregierungen an möglichst auskömmlichen Rentenleistungen, sollte eine Reihe von Reformen vor allem Kosten und Beiträge für das Rentensystem begrenzen.

Diese „Rentenreformen“ mit ihren Leistungskürzungen (Rente 67, Absenkung des Rentenniveaus, etc.) in der gesetzlichen Rente und dem Versuch der Teilkapitalisierung (Stichwort: Riester-Rente) stehen wie kaum ein anderes Feld für eine gescheiterte Sozialpolitik. Eine Solidarreform des Alterssicherungssystems ist also längst überfällig: neben dem genannten Leistungsabbau in der gesetzlichen Rente sorgen der demographische Wandel sowie bei vielen Beschäftigten Arbeitslosigkeitszeiten und Niedriglöhne für weiteren Reformdruck.

Nun wird zwar niemand der SPD vorwerfen können, dass es ihre zentralen



Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmittglied IG Metall auf der Hamburger Jubilarfeier 2021

Wahlbotschaften zur Alterssicherung nicht in den Koalitionsvertrag geschafft hätte. Das Rentenniveau soll dauerhaft bei 48 Prozent bleiben und der Beitragssatz für die kommende Wahlperiode bei 20 Prozent stabilisiert werden. Außerdem will die neue Regierung die Regelaltersgrenzen nicht anheben und die Erwerbsminderungsrente im Bestand verbessern.

Wir als Gewerkschafter:innen können und sollten diese Vereinbarungen im Koalitionsvertrag auch als Erfolg unseres Kampfes begreifen. Als wir unser Rentenkonzept beschlossen hatten, unter anderem mit dem Drei-

satz: Rentensinkflug stoppen, Rentenniveau stabilisieren und Rentenniveau künftig wieder anheben, da traute uns kaum jemand zu, dass wir davon etwas erreichen. Was wir jedoch erreicht haben: das Absinken des Rentenniveaus ist seit einigen Jahren gestoppt und wurde mittelfristig stabilisiert.

Doch das wird nicht reichen. Der Verzicht auf weitere Kürzungen macht die gesetzliche Rente nicht zukunftsfest. Der Koalitionsvertrag gibt ein Stabilitätsversprechen, das lediglich den gegenwärtigen Zustand bewahrt. Die Stabilisierung beim Rentenniveau und die Absage an steigende Rentenaltersgrenzen verhindern zwar unmittelbare Verschlechterungen, die Zukunftsprobleme aber lösen sie nicht. Schlimmer noch: Finanzprobleme sind vorpro-

grammiert, die den Druck in Richtung Leistungskürzungen erhöhen dürften. Und zur Stabilisierung der Rentenversicherung haben die Pläne der Ampel-Regierung nur wenig oder gar falsches zu bieten.

Der Reformwille der Ampel richtet sich nicht auf die Rentenversicherung. Er konzentriert sich darauf, das System für Elemente der Kapitaldeckung zu öffnen – angesichts der desaströsen Performance kapitalgedeckter Systeme (Stichwort wieder: Riester-Rente) eine höchst erstaunliche Richtungsentscheidung.

Um das Rentenniveau und den Rentenbeitragssatz vermeintlich generationengerecht und langfristig abzusichern, will die neue Regierung in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einsteigen. Dazu soll die Rentenversicherung in einem ersten Schritt 2022 aus Haushaltsmitteln einen Kapitalstock von zehn Milliarden Euro erhalten. Damit wird das Auf und Ab der Finanzmärkte in das Gebäude der Sozialversicherung einziehen, das Umlageverfahren wird zurückdrängt. Zunächst in einem vergleichsweise kleinen Schritt, doch weitere werden folgen müssen. Denn klar ist: die zehn Milliarden Euro haben auf Beitragssatz und Rentenniveau nahezu keinen Einfluss.

Und auch in der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung, also Betriebsrenten und die private Vorsorge, sollen die Gesetze der Finanzmärkte mehr Bedeutung erhalten. In der betrieblichen Altersversorgung will die Ampel Anlagemöglichkeiten erlauben, die höhere Renditen ermöglichen. Das dürfte darauf hinauslaufen, dass Rentenleistungen in ihrer (Mindest-)Höhe

nicht mehr garantiert werden: Risiken von Verlusten in der Kapitalanlage trügen dann Rentner:innen in Form sinkender Alterseinkommen. Und wie der angedachte öffentliche Fonds zur privaten Zusatzvorsorge mit Abwahlmöglichkeit aussehen soll, ist völlig offen.

Nur eines scheint klar: Die Krise kapitalgedeckter Alterssicherungssysteme soll mit noch mehr Kapitaldeckung und noch mehr Risiko zulasten der Beschäftigten beantwortet werden!

Dabei ist der sozialstaatliche Auftrag einer auskömmlichen Alterssicherung an den Finanzmärkten schlecht aufgehoben. Die Politik muss ihn zurückholen – als Bringschuld sozialstaatlicher Zukunftsvorsorge. Dazu müssen gesetzliche Rentenversicherung und Umlageverfahren ins Zentrum der Reformbemühungen rücken.

Unverzichtbar sind

- ▶ die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, unter Einbeziehung von Selbständigen, Beamten und Abgeordneten; die Stabilisierung der Finanzbasis durch eine umfassende Versicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse;
- ▶ die Neujustierung von Beiträgen und Steuermitteln und
- ▶ ein angemessenes Sicherungsziel deutlich oberhalb von 48 Prozent.

Auch moderat steigende Beitragssätze, die von Arbeitgebern und Versicherten gemeinsam zu tragen sind, sollten kein Tabu sein, wenn Beschäftigte dafür wieder mit einer Rente rechnen dürfen, von der sie gut leben können.

Trotz einiger richtiger und nicht un-

wichtiger Versprechungen setzt die neue Bundesregierung also eine Rentenpolitik fort, die grundsätzlich falsch justiert ist. Wie schnell diese falsche Orientierung handfeste Auswirkungen für Rentner:innen haben kann, sieht man aktuell bei den Plänen zum sogenannten Nachholfaktor. Dieser Faktor wurde vor drei Jahren von der großen Koalition ausgesetzt und soll jetzt kurzfristig wieder reaktiviert werden, damit im Sommer die anstehende

Die Krise kapitalgedeckter Alterssicherungssysteme soll mit noch mehr Kapitaldeckung und noch mehr Risiko zulasten der Beschäftigten beantwortet werden!

Rentenerhöhung geringer ausfällt, als es die derzeitige Rechtslage vorsieht. Obwohl die Rentner:innen im letzten Jahr eine Nullrunde hinnehmen mussten und obwohl vielen Menschen die derzeit hohe Inflation zu schaffen macht, sorgt sich auch die neue Bundesregierung letztlich um die Kosten, anstatt ein auskömmliches und würdiges Alterseinkommen in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen.

Es wird also auch weiterhin auf die Entschlossenheit der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder ankommen, um den Interessen der Beschäftigten und Rentner:innen an sicheren und guten Renten Gehör und Geltung zu verschaffen.

Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmittglied IG Metall

1) Zur Einordnung und fachlichen Bewertung des arbeitsmarkt-, gesundheits- und rentenpolitischen Vorhabens vgl. ausführlich die Materialien des SoPo-Infos der IG Metall; <https://www.sopo-info.de/>

AKTIENRENTE – DER WEG INS GLÜCK

Nach den Wünschen von FDP, Banken und Versicherungen soll das sozialstaatliche Umlageverfahren der Altersvorsorge durch eine Aktienrente ergänzt werden.

Die neue Bundesregierung hat den Einstieg im Koalitionsvertrag verankert. Danach soll ein Teil der Rentenbeiträge in Aktien investiert werden. Begründet wird dieser Schritt mit der überdurchschnittlichen Rendite von Aktien. Tatsächlich sind in den vergangenen 40 Jahren die Börsenkurse viel stärker gestiegen als die Realwirtschaft, sprich das Bruttosozialprodukt. Ist diese Entwicklung in Stein gemeißelt? Eher nicht.

In den Jahrzehnten vor dieser „Aktienparty“ waren die Anreize für Profite auf die Aktivitäten in der Realwirtschaft gelenkt. Feste Wechselkurse der Währungen (bis 1971), stabile Rohstoffpreise und Zinssätze unter der Wachstumsrate ließen die Aktienmärkte „schlafen“. Auf den Finanzmärkten war wenig zu holen. Die Aufgabe fester Wechselkurse führte

zu zwei massiven Dollarentwertungen und zwei „Ölpreisschocks“ 1973 und 1979. Die dadurch ausgelösten Rezessionen ließen Arbeitslosigkeit und Inflation kräftig steigen. Darauf reagierten die Notenbanken 1980 mit massiven Zinssteigerungen. In den folgenden 35 Jahren lag der Zinssatz permanent über der Wachstumsrate. Das Profitstreben verlagerte sich von Investitionen in Realkapital (und Arbeitsplätzen) hin zu Finanzspekulationen. Dabei wirkte die zunehmende Deregulierung der Finanzmärkte beflügelnd.

Ökonomen einig – Blase wird platzen

Das Glücksrad der Spekulation wurde kräftig gedreht. Seit 1980 kletterten die Aktienkurse und damit die Börsenwerte der Unternehmen um fast

das Dreißigfache. Der Wert des Realkapitals verdoppelte sich hingegen nur. Gleichzeitig ging das Wirtschaftswachstum von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zurück, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung stiegen. Die Finanzkrise 2008, die Aktienkurse brachen um fast 50 Prozent ein, zeigte wie instabil eine Altersversorgung auf Basis von Wetten und Spekulation sein kann. Unvergesslich die Bilder aus den USA, wo hochbetagte Rentner:innen nur mit Hilfsjobs und Suppenküchen überleben konnten. Keiner weiß, wie lange diese „Aktienrallye“ noch anhält.

Ökonomen sind sich jedoch einig, irgendwann wird die Blase platzen. Oder glaubt jemand im Ernst, dass in einer nur mehr schwach wachsenden Wirtschaft die Aktienkurse ewig um sechs bis acht Prozent pro Jahr steigen?

Johannes Müllner

MELDUNGEN

Na dann Prost auf die Aktienrente

„Jetzt bereiten wir uns auf ein Jahrzehnt mit niedrigerer Rendite vor. Vielleicht wird sie sogar negativ.“ Das sagte Nicolai Tangen am 21.12.2021 der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Tangen weiß, wovon er spricht. Er ist Chef des größten Pensionsfonds der Welt. Über 1,2 Billionen Euro schwer ist der norwegische Staatsfonds, der aus Erdöleinnahmen gespeist wird. Das ist genau der Fonds, der zusammen mit der schwedischen „Prämienrente“ von den Ampel-Parteien als großes, renditenstarkes Vorbild für die deutsche Aktien-Rente herangezogen wird.

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Jedem dritten Beschäftigten in Deutschland droht nach 45 Berufsjahren in Vollzeit eine Bruttorente von unter 1.300 Euro im Monat. Nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung verbleiben etwa 1.160 Euro an Altersbezügen. Dieses teilte das Bundesarbeitsministerium auf eine Anfrage der Linken im Bundestag mit.

IST ÖKO-KAPITALISMUS DIE LÖSUNG?

An Katastrophenmeldungen gibt es wahrlich keinen Mangel. Überschwemmungen hier, Dürren anderswo. Flächenbrände, Wirbelstürme, Starkregen, Gletscherschmelze in den Bergen und den Polkappen. Kein Zweifel, der Klimawandel ist im vollen Gange.



Die Polkappen waren vor Millionen von Jahren grün. Es wuchsen nicht nur Gräser und Moose, sondern auch Büsche und Bäume. Wissenschaftler haben errechnet, dass zu dieser Zeit die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ähnlich hoch war wie heute. Wurde damals die hohe CO₂-Belastung durch Veränderung der Sonneneinstrahlung, der Erdbahnzyklen und erhöhter Vulkangase verursacht, sind heute wir Menschen dafür verantwortlich. Würden die beiden Polkappen, die Bergspitzen, der gesamte Planet eisfrei sein, erhöhte sich der Meeresspiegel um mehr als 60 Meter. Maßnahmen, um die Erderwärmung zu begrenzen, sind das Gebot der Stunde. Aber wie und mit welchen Mitteln?

Die nächsten zehn Jahre entscheiden

Der Weltklimarat hält die nächsten zehn Jahre für entscheidend. Es müsse so schnell wie möglich einen kon-

sequenten Ausstieg aus Kohle- und Ölförderung geben – und Millionen Menschen müssen ihren Lebensstil ändern. Leider kommt eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu dem Schluss: Keine der untersuchten bundesdeutschen Parteien würden mit ihrer Politik die gesetzlich festgelegten Klimaziele erreichen, nicht einmal die Grünen.

gesetzlich festgelegten Klimaziele erreichen, nicht einmal die Grünen. Am weitesten entfernt ist die FDP.

In aller Munde ist eine grüne, klimaneutrale Ökonomie. Ist das im Kapitalismus möglich? Die herrschende Ökonomie beruht auf stetigem Wirtschaftswachstum. Wachstum erfordert aber neue Ressourcen an Energie, Rohstoffen oder Transport. Staaten und Unternehmen setzen sich Ziele zur „Klimaneutralität“ oder auch „Netto-Null-Emissionen“. Was aber haben wir darunter zu verstehen? Der Ölkonzern Shell verspricht Bäu-

me zu pflanzen, plant aber neue Öl- und Gasprojekte. Wiesenhof will den CO₂-Ausstoß durch Einführung von „sauberen“ Küchen in Ghana kompensieren. Kritiker sehen darin lediglich ein „Greenwashing“, jedoch keinen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz.

Ist Wasserstoff die Lösung aller Probleme?

Das neue Zauberwort lautet „Wasserstoff“. Die Verbrennung von Wasserstoff erzeugt kein CO₂, ist in der Herstellung aber extrem energieaufwändig. Klimafreundlich ist Wasserstoff aber nur, wenn er aus erneuerbarer Energie erzeugt wird. Woher soll die Energie kommen? Steuern wir mit Wasserstoff auf das gleiche Fiasko zu wie mit Biosprit? Die Biospritproduktion führte in Indonesien zur Abholzung von Regenwald auf einer Fläche viermal so groß wie die Schweiz. Darauf wurden riesige Palmölplantagen gepflanzt. Das Resultat: Biosprit wurde 80 Prozent klimaschädlicher als Diesel und Indonesien zeitweise zum drittgrößten CO₂-Emitenten der Welt.

Muss sich etwas in unserer Lebensweise ändern, besonders im globalen Norden? Unser CO₂-Fußabdruck ist um ein vielfaches größer als im globalen Süden. Und was muss sich ändern? Es bleiben viele Fragen und auch in den Gewerkschaften fehlt es noch an vielen Antworten. Wie kann es gelingen, die notwendigen Veränderungen sozial gerecht zu gestalten? Die Zeit drängt, wir brauchen eine Debatte, Antworten und eine klare Positionierung.

Günter Hameister

JUBILARFEIERN 2021

Der größte Tag für viele Senior:innen der IG Metall Region Hamburg ist ohne Frage der Tag des Jubiläums.

In 2021 musste wegen der Corona-Pandemie die Feier für zwei Jahrgänge (2020 und 2021) in sechs Durchgängen stattfinden. Ina Morgenroth, unsere Erste Bevollmächtigte, machte in ihren Begrüßungsreden deutlich, wie wichtig die Jubilar:innen für die IG Metall Region Hamburg sind. Die über 2.300 Jubilar:innen bringen es auf insgesamt rund 96.000 Mitgliedsjahre in der IG Metall.

Unter den Jubilaren wurden 26 Kolleg:innen für ihre 75-jährige und 79 für ihre 70-jährige Mitgliedschaft geehrt. Die Laudator:innen Hans Jürgen Urban und Jürgen Kerner vom IG Metall Vorstand, Meinhard Geiken als ehemaliger

Bezirksleiter Küste und Katja Karger vom DGB Hamburg erinnerten an die geschichtlichen Rahmenbedingungen sowie an Erfolge und Auseinandersetzungen aus den Eintrittsjahren der Jubilar:innen. In dieser Zeit gelang es unter anderem, die Montan-Mitbestimmung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Geschenkt wurde den Gewerkschaften nichts, alles musste erkämpft werden. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Alle Feiern fanden im restaurierten Festsaal des Gewerkschaftshauses Hamburg, dem Musiksaal, statt. Eine angemessene Lokalität für unsere Jubi-

lar:innen. Viele von ihnen haben noch alte Erinnerungen an frühere Tanz- und Kulturveranstaltungen in diesem Saal.

Auch das alljährig zu Sylvester im Fernsehen ausgestrahlte „Dinner for one“ wurde damals im Musiksaal aufgezeichnet, ebenso die Uraufführung des Musicals „Hair“.

Solche Festveranstaltungen sind immer schön. Sie sind darüber hinaus auch ein Treffpunkt für einen Plausch bei Bier oder interessanten Diskussionen. So etwas wird gerade in der jetzigen Corona-Pandemie von Vielen schmerzhaft vermisst und deshalb sehr geschätzt.

Heinrich Dannenberg



Zusammen 90 Jahre Solidarität: Ina Morgenroth, erste Bevollmächtigte der IG Metall Region Hamburg, gratuliert Fred und Gerda Harfst.